

6. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erbringt ihre Leistungen durch die KfW; die Regierung der Republik Togo beauftragt das Ministerium für Planung, Entwicklung und Raumordnung als Ansprechpartner für die KfW.
7. Soweit in dieser Vereinbarung nicht anders geregelt, gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 17. Februar 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Togo über Technische Zusammenarbeit für das KfW-Büro entsprechend.
8. Diese Vereinbarung wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es jederzeit mit einem Vorlauf von sechs Monaten schriftlich kündigen.
9. Die Registrierung dieser Vereinbarung beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten von der Republik Togo veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.
10. Diese Vereinbarung wird in deutscher und in französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Togo mit den unter den Nummern 1 bis 10 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Christoph Sander

Seiner Exzellenz
dem für Auswärtige Angelegenheiten
zuständigen Minister Togos
Herrn Prof. Robert Dussey
Lomé

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag**

Vom 2. Mai 2022

Die Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag vom 17. Oktober 1991 (BGBl. 1994 II S. 2478, 2479, 2523) ist für

Kanada am 23. Februar 2022
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 25. Mai 2020 (BGBl. II S. 458).

Berlin, den 2. Mai 2022

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick